



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

4. Quartal 2020

Rückblick
Wintersession 2020

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



INVENTING FOR LIFE

Rückblick Wintersaison 2020

Vom 30. November bis 18. Dezember 2020 haben sich die eidgenössischen Räte zur Wintersession getroffen. Seit der Herbstsession tagen die Räte wieder im Bundeshaus, allerdings getrennt voneinander durch Plexiglasscheiben und unter diversen weiteren Schutzmassnahmen.

In der letzten Woche der Wintersession war neu das elektronische Abstimmen aus der Ferne im Nationalrat möglich, wenn ein Ratsmitglied krankheitshalber oder aufgrund von Quarantäne-Vorschriften zum Daheimbleiben gezwungen war.

Ein Schwerpunkt der vergangenen Session war wieder das Covid-19-Gesetz, welches ein weiteres Mal überarbeitet wurde. Neu stehen den Unternehmen 2.5 Milliarden Franken in Härtefällen zur Verfügung. Des Weiteren wurden die Voraussetzungen für deren Bezug gesenkt. Schliesslich wurde die Rückzahlungsfrist von fünf auf acht Jahre verlängert.

Zum zweiten Mal beriet der Nationalrat das Massnahmenpaket 1a zur Senkung der Gesundheitskosten. Die Vorlage geht nochmal in den Ständerat, da weiterhin Differenzen zwischen den beiden Räten bestehen.

Zur Forderung, im Rahmen des Kostendämpfungspakets 1b, den Parallelimport von Generika ohne Zulassung durch Swissmedic einzuführen, hat sich der Bundesrat in Beantwortung einer Frage ([20.6026](#)) folgendermassen geäussert: «Der Bundesrat lehnt aus Gründen der Patientensicherheit den Parallelimport von Arzneimitteln ab. Ohne Zulassung könnte Swissmedic die Überwachung dieser Produkte nicht wahrnehmen (...).»

Debattiert wurde schliesslich auch über das Budget 2021, welches letztlich auf 82 Milliarden Franken festgelegt wurde.

Im Parlament behandelte Geschäfte

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

19.046 Geschäft des Bundesrates

Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)

Status: KP1a: behandelt von beiden Räten → das Geschäft geht zurück an den Ständerat zur 2. Differenzbereinigung.
KP1b: noch nicht behandelt von den Räten.

Mit einem Bündel von Massnahmen will der Bundesrat die Gesundheitskosten drücken. Der Nationalrat hatte – als Erstrat – den Entwurf des Bundesrats in der Sommersession aufgeteilt und sich vorerst auf die weniger umstrittenen Massnahmen konzentriert (KP1a). Zentrale Elemente dabei sind die Verstärkung der Rechnungskontrolle, ein System zur Weiterentwicklung der ambulanten Tarife und der so genannte Experimentierartikel. Doch auch dessen erster Teil erwies sich nun als alles andere als unumstritten.

Der Nationalrat hatte in der Wintersession zum zweiten Mal das Kostendämpfungspaket 1a beraten. Es bestehen allerdings u.a. beim Experimentierartikel noch Differenzen zum Ständerat. Der Artikel enthält aktuell eine abschliessende Liste an Themen für Pilotprojekte, welche unter anderem vorsieht, Leistungen im Ausland zu vergüten. Neu hinzugekommen ist eine Ergänzung um die Dimensionen Qualität und Digitalisierung.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20190046>

18.4332 Motion

Eingereicht von Edith Graf-Litscher (SP)

Gefahr der Antibiotikaresistenzen. Potenzial der Komplementärmedizin nutzen

Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, Forschungsprojekte zu fördern, die untersuchen, welchen Beitrag Behandlungstherapien aus der Komplementärmedizin zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen leisten können. Die Erkenntnisse sind in den Informationskampagnen, den Richtlinien und der Ausbildung zu berücksichtigen. Wie erste Untersuchungen zeigen, verschreiben Ärztinnen und Ärzte mit einer komplementärmedizinischen Weiterbildung deutlich weniger Antibiotika als ihre konventionell tätigen Kolleginnen und Kollegen. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen.

Relevant u.a. für Forschungseinrichtungen, Ärzte/-innen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20184332>

19.3052 Motion

Eingereicht von Marco Chiesa (SVP)

Nachweis der Sprachkenntnisse für universitäre Medizinalpersonen (Ärztinnen, Zahnärzte, Chiropraktorinnen, Apotheker, Tierärztinnen)

Status: angenommen vom Nationalrat → das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Anerkennung der Sprachkenntnisse von Personen, die einen universitären Medizinalberuf ausüben, weiter zu vereinfachen und sie gratis anzubieten.

Relevant u.a. für Ärzte/-innen und Pflegefachpersonen

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193052>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

20.3197 Motion	Eingereicht von Thomas Burgherr (SVP)
Überprüfung der Pflichtlagerhaltung	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird den Auftrag umsetzen.	

Der Bundesrat wird aufgefordert, im Nachgang der Corona-Krise das Konzept der Pflichtlagerhaltung zu überprüfen und den Produktkatalog und die Bedarfsabdeckung auszuweiten.

Relevant u.a. für Schweizer Bevölkerung, Pharma- und Medizinalindustrie

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203197>

19.3033 Motion	Eingereicht von der Fraktion der Schweizerischen Volksparteien (SVP)
Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz	
Status: angenommen von beiden Räten → der Bundesrat wird den Auftrag umsetzen.	

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung ein umfassendes Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte vorzulegen.

Relevant u.a. für Schweizer Wirtschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20193033>

20.3923 Motion	Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S)
Besseres Datenmanagement im Gesundheitsbereich	
Status: angenommen vom Ständerat → das Geschäft geht nun an den Nationalrat.	

Der Bundesrat wird beauftragt, seine Politik im Bereich des Datenmanagements im Gesundheitsbereich zu ändern und dabei namentlich Folgendes vorzusehen:

- Rasche Umsetzung der«Open Government Data»-Strategie 2019 – 2023;
- Orientierung an den weltweit besten Praktiken im Bereich des Datenmanagements, namentlich vor dem Hintergrund einer Gesundheitskrise;
- Schaffung einer zentralisierten Datenverwaltung für personelle und materielle Ressourcen für Krisenzeiten;
- Einleitung der auf internationaler Ebene erforderlichen Schritte zum Abschluss von Abkommen über den Daten- und Informationsaustausch im Falle einer Epidemie, gestützt auf Artikel 80 des Epidemiengesetzes.

Relevant u.a. für Bund, Kantone, Schweizerisches und internationales Gesundheitssystem

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203923>

Bei positivem Endresultat potentiell Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

20.4153 Postulat

Eingereicht von Roland Fischer (GLP)

Anwendung der NFA-Grundsätze bei der Bewältigung von Epidemien und Pandemien

Status: angenommen vom Nationalrat → der Bundesrat wird einen Bericht ausarbeiten.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen bei der Bewältigung der Covid-19-Pandemie zu analysieren und mögliche gesetzliche Anpassungen im Hinblick auf die Bewältigung von zukünftigen Epidemien und Pandemien aufzuzeigen. Dabei sollen insbesondere den in der Bundesverfassung verankerten Grundsätzen der Subsidiarität und der fiskalischen Äquivalenz Rechnung getragen werden.

Relevant u.a. für Bund, Kantone und Schweizer Gesundheitssystem

Quelle: <https://www.parlament.ch/DE/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204153>

Weitere gesundheitspolitische Themen im 4. Quartal

Im letzten Quartal wurden ausserdem die folgenden gesundheitspolitischen Themen diskutiert.

Bundesrat genehmigt neue Versionen der nationalen Tarifstrukturen

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 11. November 2020 die aktualisierten Versionen der Tarifstrukturen SwissDRG und TARPSY gutgeheissen.

Die vom Bundesrat genehmigte Tarifstruktur SwissDRG Version 10.0 wird per 1. Januar 2021 eingeführt. Zudem hat der Bundesrat die Version 3.0 der schweizweit einheitlichen Tarifstruktur TARPSY genehmigt, welche ebenfalls ab 1. Januar 2021 anwendbar sein wird. Diese Tarifstruktur ermöglicht die Abgeltung stationärer psychiatrischer Behandlungen mittels leistungsbezogener Tagespauschalen, die von der OKP übernommen werden.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen, Spitäler und Ärzte/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-81075.html>

Bundesrat

Coronavirus: Code der SwissCovid App kann einfacher und rascher ausgestellt werden

Die Ausstellung von Covidcodes wird stark erleichtert und beschleunigt. Diese Codes können von positiv getesteten Personen in die SwissCovid App eingegeben werden, um andere Nutzer der App über eine mögliche Ansteckung zu informieren. Bisher konnten Covidcodes einzig von den kantonsärztlichen Diensten, sowie behandelnden Ärztinnen und Ärzte generiert werden.

Neu können auch Laboratorien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Infoline, Testzentren sowie Apotheken solche Codes ausstellen. Der Bundesrat hat an der Sitzung vom 18. November 2020 einer entsprechenden Änderung der Verordnung zugestimmt. Darin wird auch die Grundlage für einen vollautomatisierten Prozess rund um den Covidcode geschaffen. Der Datenschutz ist dabei weiterhin gewährleistet.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem, Bevölkerung und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-81184.html>

Bundesrat

Arzneimittelüberprüfung 2020: Bundesamt für Gesundheit senkt Preise

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat im Rahmen der dreijährlichen Überprüfung für das Jahr 2020 die Preise von mehr als 300 Arzneimitteln um durchschnittlich 11 % gesenkt. Es werden aufgrund dieser Überprüfung Einsparungen von mindestens 60 Millionen Franken erwartet.

Das BAG prüft seit 2017 jedes Jahr bei einem Drittel der Arzneimittel der Spezialitätenliste, ob sie wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sind. Im Jahr 2020 startete der Zyklus erneut. Überprüft werden die Aufnahmebedingungen und die Preise von Arzneimitteln.

Bisher hat das BAG bei mehr als 200 (55 %) der knapp 400 fertig überprüften Originalpräparate Preissenkungen verfügt. Die Preissenkungen für diese Arzneimittel werden wie angekündigt per 1. Dezember 2020 umgesetzt. Die Überprüfung der restlichen Arzneimittel sollte bis zum 1. Februar 2021 abgeschlossen werden können. (...)

Die Überprüfung des Jahres 2019 konnte inzwischen definitiv abgeschlossen werden. Es resultieren Einsparungen von knapp 120 Millionen Franken. (...). Seit 2017 konnten so mehr als 450 Millionen Franken eingespart werden.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-80924.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Bundesrat präsentiert Zulassungskriterien für Ärztinnen und Ärzte

Der Bedarf an Ärztinnen und Ärzten soll sich künftig an einem regionalen Versorgungsgrad orientieren. An seiner Sitzung vom 4. November 2020 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und weiterer Verordnungen zur Umsetzung der KVG-Revision «Zulassung von Leistungserbringern» eröffnet. Die Revision ermöglicht es den Kantonen, mit einem dauerhaften Instrument die Anzahl der Ärztinnen und Ärzte zu regeln. Damit kann eine Überversorgung im Gesundheitswesen verhindert und das Kostenwachstum gedämpft werden.

Relevant u.a. für Kantone, Gesundheitssystem und Ärzte/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-80977.html>

Bundesrat

Ambulant vor stationär: Ziele erreicht

2019 wurde das Ziel einer Verlagerung von sechs Gruppen von operativen Eingriffen vom stationären in den ambulanten Sektor erreicht. Der damalige Entscheid des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) hat zu einem Rückgang der stationär durchgeführten Operationen geführt. Zudem wurde bei diesen sechs Gruppen von Eingriffen eine Abnahme der Gesamtkosten festgestellt. Dies das Fazit aus dem Monitoring, das das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) durchgeführt hat.

Relevant u.a. für Kantone, Gesundheitssystem, Krankenkassen, Spitäler und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-81401.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Neuer Bericht: Antibiotikaresistenzen bleiben eine Herausforderung

Resistente Bakterien sind ein weltweites Problem. Um die Wirksamkeit von Antibiotika zu erhalten, hat der Bundesrat 2015 eine nationale Strategie Antibiotikaresistenzen (StAR) verabschiedet. Seither werden in den Bereichen Mensch, Tier und Umwelt erfolgreich Massnahmen umgesetzt. Die Eindämmung der Antibiotikaresistenzen braucht aber weitere Anstrengungen. Der neue Bericht zeigt Zahlen zu Verbrauch und Resistenzen von Antibiotika bei Mensch und Tier in der Schweiz.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-81168.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Krankenversicherung übernimmt weiterhin die Kosten für Arzneizugnisse

Die Ausstellung eines Arzneizugnisses verursacht Kosten, die von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) übernommen werden. Im Rahmen eines Postulats wurde der Bundesrat beauftragt, alternative Finanzierungsquellen zu prüfen. Im Bericht, den er in seiner Sitzung vom 21.10.2020 verabschiedet hat, schlägt der Bundesrat vor, die aktuelle Lösung beizubehalten.

Relevant u.a. für Krankenkassen und Ärzte/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-80805.html>


Bundesrat

Krankenversicherungsprämien-Index 2020: Prämienwachstum zwischen 2019 und 2020 ohne Einfluss auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen

Der Krankenversicherungsprämien-Index (KVPI) verzeichnet für das Prämienjahr 2020 ein Wachstum von 0.2 % gegenüber dem Vorjahr. Der KVPI erreicht damit einen Indexstand von 194.8 Punkten (Basis 1999 = 100). Anhand des KVPI lässt sich die Auswirkung der Prämienentwicklung auf das Wachstum des verfügbaren Einkommens schätzen. Gemäss der KVPI-Modellrechnung des Bundesamtes für Statistik (BFS) reduziert die geringe Prämiensteigerung das Wachstum des verfügbaren Durchschnittseinkommens 2020 nicht.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.14900342.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

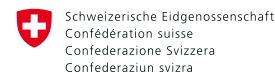
Bundesamt für Statistik

Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens 2018: Definitive Daten

Die gesamten Ausgaben für das Gesundheitswesen in der Schweiz betragen 2018 gemäss definitiven Berechnungen des BFS insgesamt 80.2 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Verhältnis von 11.2 % zum Bruttoinlandprodukt (BIP). Das Wachstum der Gesundheitskosten zum Vorjahreswert betrug 0.8 % und lag dabei unter dem Wachstum im Fünfjahresmittel von 3.0 %. Veränderungen zu den provisorischen Daten ergeben sich hauptsächlich für die Arztpraxen und ambulanten Zentren (-1.8 Mrd.), was auf Tarif- und Statistikeffekte zurückzuführen ist. Veränderungen im Verhältnis zum BIP ergeben sich auch durch die Revision 2020 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die ein höheres BIP zur Folge hat.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/news/de/2020-0497>



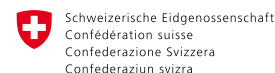
Bundesamt für Statistik

Forschung und Entwicklung der Privatunternehmen im Jahr 2019

2019 wendeten die Privatunternehmen in der Schweiz 15.5 Milliarden Franken für Forschung und Entwicklung (F+E) auf, das sind 9 % mehr als der revidierte Betrag von 2017. Die Pharmaindustrie investierte mit 5.2 Milliarden Franken am meisten in die F+E in der Schweiz. Knapp 58 700 Personen gingen in einem Privatunternehmen Forschungsaktivitäten nach, ein Viertel davon waren Frauen.

Relevant u.a. für Forschung und Gesundheitssystem

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/news/de/2020-0298>



Bundesamt für Statistik

Neue Meldewege für Nebenwirkungsmeldungen von medizinischen Fachpersonen ab dem 1. Januar 2021

Medizinische Fachpersonen sind gemäss Heilmittelgesetz (Artikel 59) und Arzneimittelverordnung (Artikel 63) verpflichtet, das Auftreten einer schwerwiegenden oder bisher nicht bekannten unerwünschten Arzneimittelwirkung (UAW) zu melden. Bis Ende 2020 sind diese Meldungen bei einem der sechs regionalen Pharmacovigilance-Zentren einzureichen.

Ab dem 1. Januar 2021 sollen die UAW-Meldungen direkt an Swissmedic geschickt werden. Das elektronische Vigilanzsystem EIViS und das Meldeformular auf der Swissmedic-Homepage werden entsprechend angepasst. Die Mitarbeiter der Einheit Pharmacovigilance werden alle eingehenden Meldungen begutachten (sog. Triage) und entscheiden anhand definierter Kriterien, ob die UAW-Meldung an ein regionales Pharmacovigilance-Zentrum zur weiteren Bearbeitung geschickt wird oder ob sie von den Mitarbeitern der Einheit Pharmacovigilance bearbeitet wird.

Die beschriebenen Änderungen haben keine Auswirkungen auf die UAW-Meldungen von pharmazeutischen Unternehmen.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Ärzte/-innen

Quelle: https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/mitteilungen/neue_meldewege_nebenwirkungsmeldungen.html

Swissmedic

Eine breite Allianz, eine entscheidende Mission: Ein neuer Multi-Stakeholder-Verband zur Bekämpfung gefälschter Medikamente

Die Coronavirus-Pandemie hat zu einem starken Anstieg gefälschter COVID-19-bezogener Medizinprodukte geführt, die weltweit im Umlauf sind (...).

Fight the Fakes Alliance (FTF Alliance), ein neuer gemeinnütziger Verband von mehreren Interessengruppen mit Sitz in Genf, Schweiz, verstärkt den Kampf gegen gefälschte Arzneimittel. (...)

Mit über 15 Mitgliedern, welche die Angehörige der Gesundheitsberufe, Hersteller, Grosshändler, Forscher sowie Patienten vertreten, ist die Allianz in einer einzigartigen Position, verstärkte Massnahmen zur Verhinderung von gefälschten Arzneimitteln und der damit verbundenen Gefahr für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen zu ergreifen.

Die FTF-Allianz zielt darauf ab, ihre Interessenvertretung und Sensibilisierungsbemühungen durch spezielle Social-Media-Kampagnen und -Veranstaltungen zu erweitern, die Kapazität von Organisationen zu stärken, die im Bereich der Arzneimittelqualität tätig sind und Initiativen zur Bekämpfung minderwertiger und gefälschter Arzneimittel zu fördern. Das übergeordnete Ziel ist es, eine globale Bewegung gleichgesinnter Organisationen zu schaffen, um sicherzustellen, dass dieses Thema die Aufmerksamkeit erhält, die es auf der globalen gesundheitspolitischen Agenda verdient.

Gefälschte Arzneimittel gefährden nicht nur das Leben der Patienten, sondern untergraben auch das Vertrauen in die Gesundheitssysteme und die moderne Medizin und behindern die entscheidenden Fortschritte, welche die Länder bisher auf dem Weg zu einer universellen Krankenversicherung erzielt haben.

Relevant u.a. für Pharmaindustrie und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.ifpma.org/resource-centre/a-broad-alliance-a-crucial-mission-a-new-multi-stakeholder-association-to-combat-falsified-medicines/>

International Federation of
Pharmaceutical Manu-
facturers & Associations
IFPMA

Aktueller Tarif für Apothekerinnen und Apotheker bleibt 2021 gültig

Um bei den pharmazeutischen Leistungen einen tarif- und vertragslosen Zustand zu verhindern, hat der Bundesrat an seiner Sitzung vom 18. Dezember 2020 die Weiterführung der aktuell geltenden Tarifverträge zur Abgeltung der Apothekerinnen und Apotheker (LOA IV/1) bis Ende 2021 genehmigt. Die Tarifpartner haben sich auf entsprechende Vereinbarungen geeinigt, nachdem ein Teil der Tarifpartner die LOA IV-Verträge vorzeitig auf Ende 2020 gekündigt hatte.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Apotheker/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-81725.html>

Bundesrat

Swissmedic erteilt Zulassung für den ersten Covid-19-Impfstoff in der Schweiz

Impfstoff von Pfizer/BioNTech nach sorgfältiger Abwägung von Nutzen und Risiken in der rollenden Begutachtung zugelassen.

Swissmedic hat den Impfstoff von Pfizer/BioNTech am 19. 12. 2020 zugelassen. Gemäss den vom Schweizerischen Heilmittelinstitut ausgewerteten Daten liegt der Impfschutz sieben Tage nach der zweiten Impfung bei über 90 Prozent. Es handelt sich um die weltweit erste Zulassung in einem ordentlichen Verfahren.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.swissmedic.ch/swissmedic/de/home/news/coronavirus-covid-19/covid-19-impfstoff-erstzulassung.html>


Swissmedic

Statistiken der Spitalbetriebe 2019: Stationäre Spitalkosten steigen 2019 wenig an

Eine Million Menschen suchte im Jahr 2019 für eine stationäre Behandlung ein Schweizer Spital oder Geburtshaus auf. Dies entspricht 12 % der Gesamtbevölkerung, was etwa dem Vorjahreswert entspricht. Die Zahl der stationären Spitalaufenthalte betrug 1.47 Millionen. Die Kosten im stationären Bereich der Spitäler sind mit +2.1 % nur wenig gewachsen, der Kostenanstieg im ambulanten Bereich betrug im Jahr 2019 seinerseits 4.6 % (2018: 3 %).

Relevant u.a. für Kantone, Gesundheitssystem, Krankenkassen und Spitäler

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.14840679.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Coronavirus: Bundesrat erhöht den Kredit zur Beschaffung von Covid-19-Impfstoff

Der Bund will der Schweizer Bevölkerung einen raschen Zugang zu einem sicheren und wirksamen Covid-19-Impfstoff gewährleisten. Dazu hat der Bundesrat bereits einen ersten Kredit von 300 Millionen Franken bewilligt. An der Bundesratssitzung vom 11. November hat er entschieden, diesen Betrag um 100 Millionen Franken zu erhöhen, um ausreichend Spielraum für weitere Beschaffungen zu haben. Bisher hat der Bund mit zwei Impfstoffherstellern einen Vertrag abgeschlossen.

Noch kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, welche Unternehmen bzw. welche Impfstoffe sich am Ende durchsetzen und der Schweizer Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden können. Der Bund setzt bei der Beschaffung von Covid-19-Impfstoffen deshalb auf mehrere Hersteller. Wie bei jeder Impfung gilt, dass der verwendete Impfstoff sicher und wirksam sein muss. Dies sind auch die Grundbedingungen für eine Zulassung durch Swissmedic.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-81070.html>

Bundesrat

Einbezug der Pflegefinanzierung in eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen im Vordergrund

Bundesrat

Medizinische Behandlungen im ambulanten und stationären Bereich könnten in Zukunft einheitlich finanziert werden. Der Bundesrat befürwortet grundsätzlich eine einheitliche Finanzierung, da damit die koordinierte Versorgung gefördert, Fehlansätze beseitigt und die Prämienzahlenden entlastet werden. In einem Bericht zur zukünftigen Finanzierung der Pflegeleistungen, den er an seiner Sitzung vom 25. November verabschiedet hat, steht für den Bundesrat ein Einbezug der Pflegeleistungen in eine einheitliche Finanzierung im Vordergrund.

Relevant u.a. für Kantone, Krankenkassen, Spitäler und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-81300.html>

Bundesrat präsentiert seine Ziele für das Jahr 2021

Bundesrat

Am 7. Dezember 2020 hat Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga im Nationalrat die Ziele des Bundesrats für das Jahr 2021 präsentiert. Diese sind auf die drei Leitlinien der Legislaturperiode 2019 – 2023 abgestimmt. Dabei wird – im Sinne einer rollenden Planung – selbstverständlich auch die Covid-19-Pandemie bei der Umsetzung der Leitlinien berücksichtigt.

Drei politische Leitlinien hat sich der Bundesrat für die Legislaturperiode 2019 – 2023 gesetzt, die mit der Wintersession 2019 der Eidgenössischen Räte begonnen hat:

- Die Schweiz sichert ihren Wohlstand und nutzt die Chancen der Digitalisierung sowie der nachhaltigen Entwicklung.
- Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit.
- Die Schweiz sorgt für Sicherheit, engagiert sich für den Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt.

Konkretisiert hat der Bundesrat diese Leitlinien in 18 Zielen, die ebenfalls für die gesamte Legislatur gelten.

Relevant u.a. für Umwelt, Wirtschaft und Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-81486.html>

Organspende: Bundesrat befürwortet eine erweiterte Widerspruchslösung

Bundesrat

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» abzulehnen. Er unterstützt das Anliegen der Initiative grundsätzlich, schlägt aber eine Gesetzesänderung vor. Diese sieht die Einführung der erweiterten Widerspruchslösung vor, um die Chancen für die Menschen auf der Warteliste zu verbessern. Wer nach seinem Tod keine Organe spenden möchte, soll dies neu festhalten müssen. Gleichzeitig sollen die Rechte der Angehörigen gewahrt werden. Der Bundesrat hat den Ergebnisbericht des Vernehmlassungsverfahrens zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Volksinitiative und zum indirekten Gegenvorschlag in seiner Sitzung vom 25. November 2020 verabschiedet.

Relevant u.a. für Spitäler und Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen/bundesrat.msg-id-81325.html>

Die HIV-Neudiagnosen sind 2019 erneut leicht zurückgegangen

Mit 421 gemeldeten HIV - Fällen im 2019 wird die 500er Marke zum dritten Mal in Folge deutlich unterschritten. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) vermutet eine Trendwende um das Jahr 2008 herum. Die Schweiz liegt hinsichtlich der HIV-Test- und Behandlungsziele der Vereinten Nationen im internationalen Vergleich weit vorne. Der Blick auf die anderen sexuell übertragbaren Infektionen zeigt stabile Zahlen für die Syphilis. Sowohl bei der Gonorrhoe wie auch bei der Chlamydiose berichtet das BAG einen Anstieg der Fälle, welcher jedoch wesentlich mit einer Ausweitung des Testens zu tun hat.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-81265.html>


Bundesamt für Gesundheit
BAG

44 % der Personen ab 80 Jahren leben im Heim oder erhalten Spitex-Leistungen

Ende 2019 wurden in den 1 563 Alters- und Pflegeheimen der Schweiz 90 342 Langzeitaufenthalterinnen und -aufenthalter gezählt. Die 2 339 Spitex-Dienste (Hilfe und Pflege zu Hause) erbrachten zudem Leistungen für 394 444 Personen. Von 100 Personen ab 80 Jahren hielten sich 15 in einem Alters- und Pflegeheim auf und 29 erhielten Pflege zu Hause. 76 % der Personen in Alters- und Pflegeheimen waren 80-jährig oder älter.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem, Krankenkassen und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.14817268.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Krebs in der Schweiz 2013 – 2017


Mehr als einer von fünf Menschen erkranken vor dem 70. Lebensjahr an Krebs. Krebs ist die häufigste Ursache für vorzeitige Sterblichkeit. Eine von siebzehn Personen wird infolge Krebs hospitalisiert.

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache in der Schweiz. Er stellt sogar die häufigste Todesursache bei Männern zwischen 45 und 84 Jahren und bei Frauen zwischen 25 und 84 Jahren dar.

Krebsneuerkrankungen können in jedem Alter auftreten aber das Risiko nimmt mit dem Alter zu. Zwischen 2008 – 2012 und 2013 – 2017 hat die Zahl der krebsbedingten Neuerkrankungen und Sterbefälle sowohl bei Männern als auch bei Frauen zugenommen. Unter Berücksichtigung der Alterung der Bevölkerung sind jedoch die altersstandardisierten Neuerkrankungsraten bei den Frauen ähnlich geblieben, währenddem sie bei den Männern abgenommen haben. Die standardisierten Sterberaten nehmen ihrerseits schon seit längerer Zeit ab.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitszustand/krankheiten/krebs.html>

 Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

Helsana-Arzneimittelreport: Patientinnen und Patienten der Spitex sind grossen Medikationsrisiken ausgesetzt

Die Medikamentenkosten in der Schweiz beliefen sich 2019 auf rund CHF 7.6 Milliarden Franken. Spitzenreiter bleiben die Krebs- /Immunsystem-Mittel, gefolgt von Nervensystemmitteln und Stoffwechselpräparaten. (...)

In einer Zusatzanalyse beleuchtete Helsana die Medikation von Patientinnen und Patienten der Spitex, wo verschiedene Problemfelder im Medikationsprozess existieren. Die Patientinnen und Patienten nehmen eine hohe Zahl an Medikamenten ein, was grosse Gefahren in sich birgt.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Patienten/-innen

Quelle: https://www.presseportal.ch/de/pm/100004725/100860510?utm_source=directmail&utm_medium=email&utm_campaign=push

Helsana

Leitfaden zum Umgang mit Nahrungsmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln im Rahmen der Forschung

swissethics hat ein Dokument publiziert zum Umgang mit Nahrungsmitteln (NM) und Nahrungsergänzungsmitteln (NEM) im Rahmen der Forschung. Solche Produkte können als «Investigational Medicinal Products» (IMP) unter die KlinV fallen, sind dann GMP-pflichtig und die Gesuche müssen bei den Ethikkommissionen und Swissmedic eingereicht werden. Solche Produkte können aber auch unter «übrige klinische Versuche fallen» und müssen dann nur bei den Ethikkommissionen eingereicht werden. In diesem Fall unterstehen die Produkte dem Lebensmittelgesetz (LMG). Es kann sich aber auch um Nicht-klinische Versuche nach HFV Kap. 2 handeln.

Relevant u.a. für Forschungsinstitutionen und Patienten/-innen

Quelle: <https://www.swissethics.ch/news/2020/12/07/leitfaden-zum-umgang-mit-nahrungsmitteln-und-nahrungsergaenzungsmitteln-im-rahmen-der-forschung>

swissethics

Budget 2021 unter Dach

Der Bundesrat wurde an seiner Sitzung vom 18. Dezember 2020 über das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zum Voranschlag 2021 informiert. Insgesamt resultiert ein Finanzierungsdefizit von 6.1 Milliarden Franken. Die beschlossenen Corona-Ausgaben belaufen sich 2021 auf 6.6 Milliarden.

Relevant u.a. für Wirtschaft, Finanzen und Bevölkerung

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-81727.html>

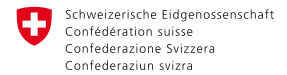
Bundesrat

Schweizerische Gesundheitsbefragung 2017: Gesundheit und Geschlecht

Frauen und Männer haben eine unterschiedlich hohe Lebenserwartung bei Geburt. Frauen leben im Durchschnitt vier Jahre länger, ihre gesundheitsbezogene Lebensqualität ist jedoch weniger gut. Zahlreiche Ergebnisse der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) deuten auf Unterschiede in der Gesundheit von Frauen und Männern hin. Aus verschiedenen Studien geht hervor, dass die Gesundheit und das Gesundheitsverhalten weitgehend durch gesellschaftliche Normen wie Geschlechterrollen und -beziehungen geprägt und beeinflusst werden. Eine geschlechtsspezifische Analyse der Gesundheit fördert das Verständnis der gesundheitlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern und ermöglicht es, auf dieser Basis spezifische Präventions- und Gesundheitsförderungsstrategien zu entwickeln, die der Gesellschaft als Ganzes zu Gute kommen.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/news/de/2020-0618>



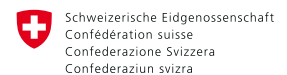
Bundesamt für Statistik

Todesursachenstatistik 2018: Häufigste Todesursachen bleiben im Jahr 2018 stabil – assistierter Suizid nimmt stark zu

Im Jahr 2018 starben in der Schweiz 67 088 Personen und damit 0.2 % mehr als im Vorjahr. Die häufigsten Todesursachen waren wie im Jahr 2017 Herz-Kreislauf-Erkrankungen (30.7 %) und Krebserkrankungen (25.9 %). Wie aus der aktuellen Todesursachenstatistik des Bundesamts für Statistik (BFS) hervorgeht, machten alle anderen Todesursachen jeweils weniger als 10 % der Todesfälle aus, darunter Demenz mit 9.6 % und Atemwegserkrankungen mit 6.9 %. Insgesamt haben sich die Häufigkeiten der Todesursachen im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Eine Ausnahme stellen die assistierten Suizide dar: sie näherten sich 2018 mit einem Anstieg von 17 % der Marke von 1 pro 50 Todesfällen an.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.15084042.html>



Bundesamt für Statistik

WHO veröffentlicht weltweit führende Todesursachen und Behinderungen zwischen 2000 und 2019

Nichtübertragbare Krankheiten machen inzwischen 7 der 10 häufigsten Todesursachen weltweit aus, wie aus den (...) veröffentlichten WHO Global Health Estimates 2019 hervorgeht. Dies bedeutet einen Anstieg von vier der zehn führenden Ursachen aus dem Jahr 2000. Die neuen Daten decken den Zeitraum von 2000 bis einschliesslich 2019 ab.

Die Schätzungen zeigen die Entwicklung der Mortalität und Morbidität durch Krankheiten und Verletzungen in den letzten zwei Jahrzehnten. Sie machen deutlich, dass ein verstärkter globaler Fokus auf die Prävention und Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes und chronischen Atemwegserkrankungen sowie auf die Bekämpfung von Verletzungen in allen Regionen der Welt notwendig ist, wie es in der Agenda für die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen festgelegt ist.

«Diese neuen Schätzungen sind eine weitere Erinnerung daran, dass wir die Prävention, Diagnose und Behandlung von nichtübertragbaren Krankheiten rasch verstärken müssen», sagt Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus, Generaldirektor der WHO. «Sie unterstreichen die Dringlichkeit einer drastischen Verbesserung der primären Gesundheitsversorgung in gerechter und ganzheitlicher Weise. Eine starke primäre

World Health Organization

Weitere gesundheitspolitische Themen im 4. Quartal

Gesundheitsversorgung ist eindeutig das Fundament, auf dem alles ruht, von der Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten bis zur Bewältigung einer globalen Pandemie.»

Herzerkrankungen bleiben die Todesursache Nummer 1; Diabetes und Demenz kommen in die Top 10.

Relevant u.a. für Gesundheitssysteme und Weltbevölkerung

Quelle: <https://www.who.int/news/item/09-12-2020-who-reveals-leading-causes-of-death-and-disability-worldwide-2000-2019>

Mit Yvonne Gilli erstmals eine Frau im Präsidium der FMH

Die Delegierten der Ärztekammer haben in einer virtuellen Sitzung die Gesamt-erneuerungswahlen aller FMH-Organen für die Legislatur von 2020–2024 durchgeführt. Nach acht Jahren an der Spitze der FMH verzichtete Jürg Schlup auf eine erneute Kandidatur. Die Delegierten der Ärztekammer wählten mit Yvonne Gilli die erste Frau an die Verbandsspitze.

Relevant u.a. für FMH

Quelle: <https://www.fmh.ch/files/pdf24/medienmitteilung-mit-yvonne-gilli-erstmals-eine-frau-im-praesidium-der-fmh.pdf>

Schweizerische Gesundheitsbefragung 2017: Soziale Ungleichheit und körperliche Gesundheit/Gesundheit der Migrationsbevölkerung: 34 % der Personen ohne nachobligatorische Ausbildung fühlen sich nicht gesund

91 % der Personen mit Tertiärabschluss schätzen ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein, bei den Personen ohne nachobligatorische Ausbildung sind es hingegen nur 66 %. Personen mit einem niedrigen sozialen Status sind stärker von den Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Krankheiten, Arthrose und Rückenschmerzen betroffen als Personen mit einem hohen sozialen Status. Die Unterschiede lassen sich teilweise auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund übertragen, vor allem zu Ungunsten der 1. Generation aus Südwest-, Ost- und Südosteuropa.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Bevölkerung

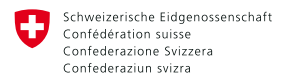
Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.14817585.html>

Arztpraxen und ambulante Zentren 2018: 2018 waren über 60 % des ärztlichen Personals unter 40 Jahren Frauen

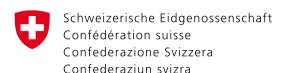
Ende 2018 waren in der Schweiz 23 011 Ärztinnen und Ärzte in 16 924 Arztpraxen und ambulanten Zentren tätig. 14 % waren 65-jährig oder älter. Die Frauen machten 41 % des gesamten ärztlichen Personals und 62 % des ärztlichen Personals unter 40 Jahren aus. In einem Drittel der Standorte der Arztpraxen waren im Ausland ausgebildete Ärztinnen und Ärzte tätig.

Relevant u.a. für Gesundheitssystem und Ärzte/-innen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.14667069.html>



Bundesamt für Statistik



Bundesamt für Statistik